

Wiesbadener Tagblatt.

Berlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schiller-Platz gegenüber von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Verlagsort: Frankfurt a. M. Nr. 7486.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 655-52.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Verlagsort: Frankfurt a. M. Nr. 7486.

Wagen-Preis für diese Ausgaben: Mt. 2.- monatlich, Mt. 6.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtposten. — Bezugs-Bestellungen nehmen an jedem entgegen. In Wiesbaden die Hauptbestellen in allen Teilen der Stadt, in Friedrich: die dortigen Hauptbestellen und in den benachbarten Vororten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger. *****



Wagen-Preis für die Ziffer 90 Bsp. für örtliche Anzeigen, Mt. 1.20 für auswärtige Anzeigen, Mt. 4.- für örtliche Kleinanzeigen, Mt. 6.- für auswärtige Kleinanzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Wajagen-Aufnahme für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an sonntäglichen Tagen und Abenden wird keine Gewähr übernommen. *****

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Donnerstag, 19. Februar 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 84. • 68. Jahrgang.

Avis.

NOUVELLES INSTRUCTIONS SUR LE RAVITAILLEMENT DES CIVILS PRIVILEGIES.

Le Général Cdt. l'Armée du Rhin fait connaître sous le No. 914 du 26. I. de nouvelles prescriptions qui se résument comme suit pour le Cercle de Wiesbaden (Ville).

Chapitre I.

La carte d'alimentation pour percevoir des vivres de l'intendance française ne sera plus accordée qu'aux seules catégories de personnes suivantes:

1. Officiers français et alliés, hommes de troupe, autorisés à vivre en ville, familles de ces militaires et personnes à leur service.
 2. Personnel civil français employé aux Armées.
 3. Fonctionnaires civils français.
- Elle est délivrée aux trois catégories précitées par le Service de l'intendance, et est valable pour un mois.

Chapitre II.

A. Civils Français et Belges.

Les civils français et belges établis ou le passage dans la zone de l'Armée recevant une carte d'alimentation allemande qui leur sera remise par les organes de ravitaillement allemands sous le contrôle de l'Officier délégué de la H. C. I. T. R. dans le Cercle. Ces cartes valables pour un mois seront délivrées:

au vieux Musée (Altes Museum),
Wilhelmstraße, Chambre 38, 1er
étage pour les personnes habitant
les hôtels et pensions et chambre
No. 3 par terre, pour les personnes
habitant des logements privés.

Toutefois deux denrées: le pain et le vin, étant toujours difficiles à se procurer, il est pris pour elles une mesure spéciale.

a) Civils de passage dans la zone de l'Armée.

Ils recevront sur leur demande et sur le vu des pièces justificatives, des tickets de pain et le vin en nombre égal au nombre de jours que les intéressés comptent passer dans la localité. (400 grammes de pain, et un demi litre de vin par jour).

b) Civils établis dans la zone de l'Armée.

Des cartes spéciales pour une période de un mois, donneront le droit de percevoir à ceux qui en sont détenteurs chaque jour: 400 grammes de pain, et un demi litre de vin.
Ils s'adresseront: 4 Parkstraße de 9h à 11h.
Il est interdit de céder cette carte à une personne étrangère. Toute carte dont les coupons n'ont pas été complètement utilisés devra être remise à l'autorité qui l'a délivrée.

Chapitre IV.

Le tarif à appliquer aux personnes visées dans le chapitre premier sera le tarif réglementaire de l'intendance.

Chapitre V.

La présente instruction entrera en vigueur à la date du 1er Mars 1920.

Nota: En vue d'échelonner sur plusieurs jours la livraison des tickets de pain et ce vin aux civils français et belges visés au chapitre II, et la livraison des cartes d'alimentation aux civils privilégiés allemands le publi: a) d'abord de se présenter Parkstraße 4, dans les conditions suivantes: le 2. Février. Personnes dont la première lettre du nom va de

26	A à F inclus
27	G à N "
28	O à R "
	R à Z "

Le Chef d'Escadrons Délégué de la
H. C. I. T. R. dans le Cercle de Wiesbaden (Ville)
signé. TOUSSAN

Der Freistaat Danzig.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Der nur 357 000 Einwohner, von denen 195 000 auf die Stadt entfallen, zählende neue Freistaat Danzig ist zwar seit dem 10. Jan. offiziell konstituiert, aber mit der „Konstitution“ ist es noch schwach bestellt; denn fürs erste ist noch alles in der Schwärze. Weder ist die bereits ausgearbeitete Verfassung anerkannt, noch sind die Grenzen des neuen Staates abgegrenzt, noch weiß man, wer eigentlich für die Danziger Angelegenheiten zuständig ist. Nach dem Versailler Vertrag soll ein Groß-Kommissar des Völkerbundes den Status des Freistaates endlich übernehmen, aber ein solcher Kommissar ist noch gar nicht ernannt, und der Völkerbund, der bisher lediglich einen Trübsal darstellt, hat ja soeben erst angefangen, Lebenszeichen von sich zu geben. So ist denn bis auf weiteres der Oberkommissar Sir Reginald Tower der Oberherr von Danzig, was ihn Empfinden sehr sympathisch, den Polen aber um so unpopulärer ist. Nur doch der Vorkensführer Dr. Richter ist unklar in öffentlicher Versammlung über die „englische Rolle“ gefolgt, die Danzig umkommen hätte. Dieser englisch-polnische Gegensatz spielt hier zurzeit die Hauptrolle, und er ist dauernd und über all zu spüren. Dem polnischen Staate, der Danzig umklammert hält, ist klar, daß die Forderung der auswärtigen Geschäfte des Freistaates zu befürchten sind. Dieser ist aber auf abgesehen hiervon in starker Abhängigkeit von Polen, da er von diesem erst die Kontrolle und Verwaltung des Verkehrs auf der Weichsel und des Eisenbahnverkehrs zwischen dem polnischen Staate und dem Danziger Hafen sowie den freien Gebrauch der Hafenanrichtungen durchgehen muß, worüber ebenso wie über die Grenzprobleme die Verhandlungen in den nächsten Tagen beginn zu werden. Von polnischer Seite ist hier ein zehres Freistehen zu erwarten, da man sich in Warschau mit großen Plänen trägt, so unter anderem von der Errichtung eines polnischen Kriegshafens in Danzig träumt, ein Traum durch den die deutsche Politik wahrscheinlich einen tiefen Sturz

machen wird. Wie dieser Kampf um den Einfluß in Danzig ausgehen wird, ist noch nicht abzusehen. Jedenfalls liegt die Dinge so, daß die Danziger Handelskreise eine Vermeidung des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs von der englischen Hilfe, entweder von einer langfristigen Anleihe oder gar von einer Subvention erwarten, die die Engländer wohl gegen weitgehende Konzessionen hergeben würden. Wie schlecht auch der Sterlingkurs zurzeit steht, so können doch die Polen damit nicht konkurrieren.

Deutschland ist in diesem Wettkampf um Danzig leider nicht auf weiteres völlig ausgeschaltet. Das kommt schon äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß nunmehr nach Deutschland hin, das für Danzig zum Ausland geworden ist, eine Postgrenze errichtet wurde, wenn auch fürs erste der deutsche Postverkehr in Kraft geblieben ist. Für die vom 17. bis 25. Februar stattfindende Danziger Frühjahrsmesse wird infolgedessen eine eigene Poststelle eingerichtet. Noch dringlicher ist jedoch die Festlegung der Weichsel, die durch die Unterinkura der Eisenbahnstrecke Dirschau-Königs seitens der Polen eintritt. Die unter Vorsitz des Oberkommissars Tower eingeleiteten Beratungen gelten vor allem der Regelung des Verkehrs mit dem Deutschen Reich, der für Danzig eine Lebensfrage darstellt. Die Polen werden diesen einen Verkehr mit dem Reich nicht verhindern können und die Engländer nicht verhindern wollen, da diese ja immerhin ein Interesse daran haben, den jungen Freistaat lebensfähig zu erhalten.
Dr. P.

Aus den Grenz- und Abstimmungsgebieten.

Die Abstimmung in der zweiten Zone.

Mz. Berlin, 19. Febr. In Kopenhagen nimmt man, wie die „T. Aft. Bl.“ meldet an, daß sich zur Abstimmung in der zweiten Zone 4000 Wahlberechtigte aus Dänemark nach Norddänemark begeben werden. — In einem ganz objektiven, ruhigen, radikal-liberalen dänischen Zeitungsbericht im Gegensatz zu den Aufregungen der übrigen dänischen Presse ein Zweifel darüber ausgesprochen, ob die Durchführung der Abstimmungstermine in der zweiten Zone die dänische Stimmenzahl vermehren werde.

Dr. Kiel, 18. Febr. Der Schleswig-holsteinische Bund hat sich in einer Entschiedenheit gegen die Aufhebung, als es mit der Abstimmung vom 17. Februar das Schicksal der ersten Zone bereits entschieden sei. Auch auf Grund der Abstimmung müßte die Grenze weiter nach Norden verlegt werden.

Ein Zeitungsverbot in Hensburg.

Mz. Hensburg, 18. Febr. Das „Hensburger Tagblatt“ wurde heute auf Veranlassung der internationalen Kommission als zum 25. Februar einschließlich wegen einer gegen die Dänen sich richtenden Besatzung verboten.

Entwaffnung von Sicherheitspolizistenangehörigen in Oberschlesien und deren Folgen.

Mz. Berlin, 18. Febr. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die in Oberschlesien verbliebene Sicherheitspolizei wird gelegentlich von ausländischen Stellen, die ein Interesse daran haben, dem Deutschen Reich Schwierigkeiten gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages zu unterbreiten, als militärische Truppe bezeichnet. Da deutscher Militär nach dem Friedensvertragsanhang in den zu räumenden Gebieten nicht zurückbleiben darf, liegt die Pflicht der Besatzung auf der Hand, obwohl es für jeden Kenner der Verhältnisse keines Beweises mehr bedarf, daß die in Oberschlesien stationierte Sicherheitspolizei genau so wie die im unbesetzten Gebiet arbeitende nicht das mindeste mit einer militärischen Organisation zu tun hat. Es sei noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß sie eine reine Polizeitruppe ist, die ausschließlich und einzig polizeiliche Aufgaben zu erfüllen hat. Wenn an verschiedenen Stellen in Oberschlesien die Ententetruppen in Unkenntnis der Struktur der Sicherheitspolizei ihre Angehörigen entwaffneten, so muß das einen geordneten Polizeidienst unmöglich machen und ist vom Standpunkt der ruhigen und verständigen Bevölkerung als ein Fehler zu betrachten, um so mehr, als die Ententetruppen die Grenze nach Polen offen lassen, so daß verächtliche Elemente und Schmuggler andauernd in Massen überqueren.

Kubaan des Seeverkehrs mit Ostpreußen.

Mz. Berlin, 18. Febr. Aus dem Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt, daß demnächst Verhandlungen mit den Reedereien stattfinden, die den Schnelldampferverkehr Swinemünde-Villau übernehmen. Bei den andauernden Schwierigkeiten für den Verkehr über den Korridor wird der Weg über See für noch längere Zeit ein dringendes Bedürfnis sein und starken Zuspruch finden. Auch im März in daher mit der Weiterführung des Schnelldampferverkehrs zu rechnen.

Mz. Vulkstein, 18. Febr. Die interalliierte Verwaltungskommission ist bekannt, daß der Kreis Olesko vom Regierendebrief Gumninnen abgetrennt und dem Regierendebrief Allenstein angeteilt wird. Eine weitere Reorganisation stellt die volle Gleichberechtigung der deutschen und polnischen Nation und Sprache im Abstimmungsgebiet fest und hebt alle diesbezüglichen etwa zum Nachteil einer der beiden Nationen getroffenen Beschlüsse auf. Durch eine frühe Reorganisation wird ab 25. Februar der Zwang für Ein- und Ausreise im Abstimmungsgebiet aufgehoben.

Aus dem Saargebiet.

Dr. Berlin, 18. Febr. Wie die „V. B. R.“ melden, traf die deutsche Delegation für Grenzregulierung unerwartet am 14. Februar in Saarbrücken ein. Als die deutsche Delegation unter Führung des Oberleutnants Pfänder nach dem Ort fuhr, sammelte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge an, die nach und nach auf 10000 wuchs. Den Delegierten wurden aus allen Kreisen der Bevölkerung Blumensträuße zugeworfen und die Menge sang und tanzte erden vaterländische Lieder. Am den folgenden Tagen niederhalten sich diese Kundgebungen, zu denen eine große Menschenmenge aus dem ganzen Saargebiet zusammenströmte.

Das Verfahren vor dem Reichsgericht.

Dr. Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Vorbereitungen zu den Gerichtsverhandlungen wegen die von der Entente angeklagten Personen geraume Zeit in Anspruch nehmen. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß vor Ablauf des Monats April an die ersten Verhandlungen gedacht werden kann. Entgegen anderslautenden Aussagen muß immer wieder betont werden, daß die Verhandlungen mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft sein dürften.

Millerand bei Dr. Mayer.

Dr. Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem Ministerium des Auswärtigen erfahren wir, daß der französische Ministerpräsident Millerand bei seinem Besuche bei dem deutschen Botschaftsleiter Dr. Mayer die Wünsche der französischen Regierung in Bezug auf die wirtschaftlichen Wiederanbahnungen Deutschlands vortrug. Dabei wurde ausführlich über die Kohlenlieferungen Deutschlands gesprochen. Wenn auch die Unterredung bezüglich zu keinem praktischen Ergebnis führte, so wird doch versichert, daß sie für die künftige Behandlung der Wiederanbahnungsfrage von größter Bedeutung sei.

Die Richtlinien der englischen Politik.

Aus Churchill's Rede.

Dr. Amsterdam, 18. Febr. Wie die englischen Blätter vom 18. Februar melden, sagte Churchill in seiner Rede in Dundee noch: Unser Interesse war es, in Ostland eine Regierung zu sichern, die sich nicht in die Hände der Deutschen legen wollte. Das geschah nicht. Es liegt jedoch im Interesse Englands, daß Deutschland nicht in die Arme Russlands gedrückt wird. Esobwohl muß England alles tun, um der gegenwärtigen deutschen Regierung weiter zu helfen. Churchill sagte weiter, es müsse sobald wie möglich ein Friede mit der Türkei geschlossen werden, der nicht die Gefühle oder Rohambegier in der Welt gegen England verärgern dürfe. Die Verzögerung des Friedensschlusses hätte eine besonders ungünstige Wirkung für England infolge der dadurch verursachten Erregung in Indien und im nahen Osten.

Wilson und die Adriafrage.

Mz. Amsterdam, 18. Febr. Einer Londoner Meldung des „Telegraph“ zufolge sind die amerikanischen Pressestimmen zur Rolle Wilsons über die Adriafrage ebenso ungünstig wie die über Russlands Einstellung. „New York Sun“ fragt, ob Woodrow Wilson, Millerand und Kitti sich mit der Diktatur Wilsons befassen würden. „New York Globe“ fragt, ob die Alliierten den die Adriafrage prüfen sollten, so lange bis die Kräfte Wilsons für fähig erachtet, die Angelegenheit persönlich zu behandeln.

Mz. Amsterdam, 18. Febr. Keuter meldet aus Washington, daß in der letzten Rat der Vereinigten Staaten an die Alliierten ein entscheidender Widerspruch gegen eine Lösung der kritischen Frage erhoben wird, die mit dem Verfall der Vertrag getreuen Bestimmungen, und mit den in den 14 aufgestellten Grundsätzen nicht vereinbar ist. In amtlichen Kreisen wird angedeutet, daß die Vereinigten Staaten möglichst weit das Dispositiv für Europa einstellen werden, wenn eine Veränderung des Friedensvertrages, die die Vereinigten Staaten als unvereinbar mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung erachten, in Kraft gesetzt wird.

Präsidentenwechsel in Frankreich.

Poincaré über die Aufgaben seines Nachfolgers.

Mz. Paris, 18. Febr. Heute nachmittags fand im Elysée die sogenannte Abschiedsrede der Gewalt statt. Präsident Deschanel wurde von Millerand im Palais des Kammerpräsidenten abgelöst und nach dem Elysée geleitet, wo er von dem bisherigen Präsidenten Poincaré, sämtlichen Ministern und den Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen wurde. Poincaré begrüßte seinen Nachfolger. Er erklärte in einer Rede, der Stimmung, der über Frankreich beherrschend sei, habe nicht einen Augenblick seine republikanischen Anschauungen in Gefahr gebracht. Diese hätten Frankreich erhalten, den Angriff siegreich zurückzuschlagen. Die Befreiung, so wie sie sei, habe das Verdienst gehabt, die Aufrechterhaltung der Ordnung in Freiheit sicherzustellen. Zwischen Regierung, Kammer und Armee seien die Beziehungen fest gewesen. Er habe keinen anderen Gedanken gehabt, als die notwendige Zusammenarbeit zu begünstigen. Die Aufgabe, die heute Deschanel erwarde, sei nicht weniger reichhaltig. Sie habe keinem Besseren anvertraut werden können. Während der sieben Jahre seiner Präsidentschaft müsse Deschanel ohne Unterlaß die Ausführung des Friedensvertrages herbeiführen, diesen Verpflichtungen auszuführen sich Deutschland schon jetzt nicht sehr ge-

reigt zeige. Es werde auch seine Aufgabe sein, die An-
tuntheit der französischen Außenpolitik sicherzustellen
die Vordrücke aufrechtzuerhalten und den Völkern zu be-
festigen, um aus dem Frieden, der jetzt nur eine Hoffnung
ein Name sei, etwas zu machen. Am 2. Januar des Landes
werde Tschanel ohne Unterbrechung zu machen haben über
die Wiederaufrichtung des Landes, die Verbesserung der
Finanzen und das wirtschaftliche Gedeihen sowie den Wieder-
aufbau der unglücklichen Provinzen. Das sei ein ungeheures
Unternehmen für das der Präsident auf die Mitarbeit aller
Franzosen zählen konnte. Tschanel seinerseits erwiderte
kurz, indem er sagte, Voivars habe Frankreich mit bewun-
derungswürdigem Patriotismus während seiner traurigsten
Stunden betreten. Auch er glaube, unterstützt von den ge-
schicklichen Versammlungen, von ganzem Herzen für die
Größe Frankreichs und der Republik arbeiten zu können.
Während dieser Reden wurden 21 Annoncenstücke abgelesen.
Tschanel legte sich abdamals, begleitet von seinem Vor-
gänger, in das Rathaus, wo er in Anwesenheit der früheren
Präsidenten Souhai und Fallières vom Gemeinderat feierlich
empfangen wurde.

Die Formalität der Kabinettdemission.

mz. Paris, 18. Febr. (Oavos.) Millerand begab sich
heute morgen um 11 Uhr in das Kammerparlament, wo er
dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabi-
netts überreichte. Tschanel beantwortete diese jedoch
nicht und forderte das Kabinett auf, weiter in seinen Funktionen
zu bleiben.

Indiskretionen von der Londoner Konferenz.

De London, 19. Febr. (Drahtbericht.) Im Unterhaus
erklärte Bonar Law auf eine Anfrage nach der Ver-
leugung der Verhandlungen nach London hat man feststellen
müssen, daß auf irgend einem Wege gewisse In-
formationen in die Welt hinauslämen. Die Vertreter
der Mächte bei der Konferenz haben sich mit diesem Sachver-
halt beschäftigt, um das Geheimnis zu lüften. Sie sind darin
einig, daß diesem Zustand ein Ende bereitet werden muß.

Die Herabsetzung der Reichswehr.

Staatsführung des Termins zum 10. April beginn. 10. Juli.
mz. London, 18. Febr. (Oavos.) Der Oberste Rat be-
schloß sich mit der Festsetzung der hiesigen Grenzen. —
Auf Verlangen der deutschen Geschäftsträger
in London bin wurde der deutschen Regierung erlaubt, bis
zum 10. April 100.000 Mann unter den Waffen zu halten.
Bis zum 10. Juli muß der Bestand des deutschen Heeres
auf 100.000 Mann reduziert werden. Diese Verringerung
sollte schrittweise bis zum 31. März d. J. erfolgen.
Lord Curzon unterschrieb als Präsident des Rates die be-
treffende Note.

Amerikanische Garantien für Getreidelieferungen an Deutschland.

Br. Basel, 18. Febr. (Sig. Drahtbericht.) Der Berliner
Berichtshalter der „Kaiser-Road“ erzählt aus diplomatischer
Quelle, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen hat,
den amerikanischen Getreideproduzenten die Verpflichtung
gegenüber zu übernehmen, im Falle von Getreidelieferungen
nach Deutschland dafür Garantie zu leisten, daß Deutsch-
land die amerikanischen Lieferungen bezahlen wird.

Deutschland.

Die Beratungen über eine Herabsetzung der schwebenden Schuld.

Br. Berlin, 16. Febr. (Sig. Drahtbericht.) Die Verhand-
lungen im Reichsfinanzministerium über die Frage der
Herabsetzung der schwebenden Schuld dürften sich bis Ende
der Woche ausdehnen. In der nächsten ersten Sitzung unter
dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzberger wurde über
eine neue Anleihepolitik gesprochen und es wurden
Maßnahmen zur beschleunigten Eingehung der Steuern
erzogen.

„Friedensschluß und Kriegsende.“

mz. Berlin, 18. Febr. Der „Reichsanzeiger“ veröffent-
licht eine Verordnung über die Aufhebung der Besetze:
„Friedensschluß und Kriegsende“ im Sinne rechtsge-
schäftlicher Erklärungen.

Die Wiedereinführung der Affordarbeit.

Br. Berlin, 19. Febr. (Sig. Drahtbericht.) Wie wir er-
fahren, wird das Reichskabinett in einer seiner nächsten
Sitzungen zu der Frage der Wiedereinführung der
Affordarbeit Stellung nehmen. Die Mehrheit
im Kabinett sei für die Einführung der Affordarbeit sein.

Rehabilitation der Reichsindustrie in Leipzig.

Die Wertungsmaschinen und Werkzeugmaschinen der Leipziger
Industrie sind nach dem letzten Jahres-
abschluss, ihre Betriebe von den Kriegsverlusten auf Friedenstand
umzustellen. Eine Delegation dieser Tätigkeit wird die Technischen
Hilfsstellen, die auf dem Gelände der früheren Waggon-Fabrikation in der
Beltschule beim Völkerschlachthaus in Leipzig stattfinden wird. Diese wird am
28. Februar bis 28. März 1920 dauern, so daß sie zeitlich alle dort
abgehaltenen Messen umfaßt.

Naissauesches Landestheater.

Mittwoch, den 18. Febr.: zum erstenmal: „Die Irma“.
Eine Tragödie in 5 Akten (8 Bildern) von Anton Wildgans.
Spielleitung: Ernst Regal.

Hubert Holmer ist nicht in Liebe sam ukt gezeugt, son-
dern Klegentlich — ungewollt — verurteilt. Die Eltern
sind sich nicht einig, daher feindselig gegenüber. Der Vater
ist ein von der Jugendwelt des kaiserlichen Altertums beherrschter
Philologe, die Mutter stammt aus einer Schicksal nächster
Erwerbsmännchen. Das Kind mütterliche den mit ihm gedore-
nen Haß nicht, sondern verzieht ihn. Der eifersüchtige Streit
der Eltern über die Befugnisse bringt die brüchige Schicksal
Lebensmutter Pndung. Aus der gebornenen Sperre schäufert
der gottlose Eodrud den gesammelten giftigen Groll
vieler Jahre. Die körpe seelische Kraft Huberts ertrinkt in
der lähmenden Hrt. Die grauenvolle Zurückverwandlung der
Eltern in Vllern mit verhassten Instanzen löst seinen
Willen zum Mord; die Erkenntnis, daß man sein Werden
vor 18 Jahren nicht wünschte, den Willen zum Leben. Auch
Freund und Weib bieten keine Rettung. Er löst sich.

Die Dichter von gestern behandelten den Kampf der Ge-
schlechter; heutige — den Kampf eines Geschlechts. Früher
war die Ehe die Erfüllung der Menschen. Sie wurde nicht
geliebt und ihre selbstverständliche Legitimation waren
die Kinder. Man machte kein Wesens davon. Die einseitige
Modifikation des Mannes gab dem Verhältnis die Einfach-
heit. Dann wurde die Ehe ein Problem. Ein Bund auf
Lebenszeit; war nach dem Willen ein Noe nicht mehr zu orien-
tieren. Es wuchsen neue Rechte und die fittlichen Begriffe
differenzieren sich. Amog wachte sich die Auffassung von
menschlicher Tragik, und den Künstlern erschloß sich unvorher-
gesehenes Land. Aus der Zeit — nach Wildgans — ein neuer Ring

Altersgrenze für Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Am 12. Februar 1920 haben die ersten Reichstagswahlen stattgefunden:
zum Reichstag des Norddeutschen Bundes. Unter den Wählern dieses
ersten Reichstags waren damals die drei jüngsten August Engel (geboren
22. Februar 1890), der sozialistische Alterspräsident o. Wahlkreis-Wiesba-
den (geboren 28. Mai 1890) und Eugen Richter (geboren 30. Juli 1833).
In den letzten Jahren ist auch Erzberger, geboren 20. März 1875, bei den
Wahlen von 1903 in den Reichstag gewählt worden. Er wurde damals
der Benjamin des Reichstags genannt. Aber er war doch auch schon älter,
als Engel bei seiner ersten Wahl in den Reichstag war. Jünger als Engel
ist überhaupt wohl niemals ein Mitglied der deutschen Reichstagsparlament
bei seinem Eintritt in den Reichstag gewesen.

Nach dem alten Reichswahlgesetz war für die Berechtigung zur Teil-
nahme an Reichstagswahlen wie zur Wählbarkeit in den Reichstags Vor-
aussetzung die Vollendung des 25. Lebensjahres. Durch die Verordnung
über die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung wurde unter
Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen das Wahlberechtigung- und
Wählbarkeitsalter auf 20 Jahre herabgesetzt. Wahlberechtigt sind alle deut-
schen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet
haben, so blieb es dort, und weiter: Wählbar sind alle Wahlberechtigten,
die am Wahltag mindestens einem Jahre deutsche sind.

In der Reichsverfassung des Ministeriums des Innern für ein neues
Reichswahlgesetz wird eine Änderung der Altersgrenze für
die Wählbarkeit vorgeschlagen. Reichstagsmitglieder bleiben alle
Männer und Frauen, die am Wahltag die Reichsangehörigkeit besitzen und
das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Wählbarkeit für die Wählbarkeit
soll nachfolgend: Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Tage der
Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre
Reichsangehöriger ist.

Das jüngste Mitglied der Nationalversammlung ist der unabhängige
Sozialdemokrat Robert Tr. Geyer, zum Unterhaus von seinem
Vater Geyer-Perle, Geyer-Zahlen genannt. Er ist am 19. November
1841 geboren, war also am 19. Januar 1919, dem Tage seiner Wahl,
27 Jahre alt. Bisher ihm waren von drei Mitgliedern der Nationalver-
sammlung nur der unabhängige Sozialdemokrat Robert Düvel, geboren
am 20. April 1891, noch nicht 30 Jahre alt. Die Herabsetzung der Alters-
grenze für die Wählbarkeit vom vollendeten 25. auf das vollendete 20.
Lebensjahr hat also nicht die Wirkung gehabt, daß in irgend einem Wahl-
kreis ein Abgeordneter im Alter von noch nicht 25 Jahren gewählt worden
ist.

Ausland.

Frankreich.

Der Rücktritt Jonaids, mz. Paris, 18. Febr. In
seinem Demissions schreiben als Präsident der
Wiedergutmachungskommission erklärt Jonaids,
er habe sich geeigt, daß er die ungeheure Aufgabe, die das
von ihm übernommene Amt mit sich bringe, nur unter Auf-
sicherung einer Kraft erfüllen könne, die längere Zeit zu über-
nehmen ihm seine Gesundheit nicht gestatte. Unter diesen
Umständen sei es seine Pflicht, auf das Mandat zu verzichten.

England.

Haftentlassung des Lordmayors von Dublin, mz. Lon-
don, 18. Febr. (Neuter.) Der Lordmayor von Dublin Kelly
ist aus Gesundheitsrücksichten aus dem Gefängnis entlassen
worden.

Skandinavien.

Papiermangel in Dänemark, mz. Kopenhagen,
18. Febr. Infolge der außerordentlichen Schmelzpreise in
der Papierindustrie, die wahrscheinlich in der nächsten Zeit
eine weitere Erhöhung der Papierpreise um 100
Prozent zur Folge haben werden, haben in letzter Zeit zwischen
den Behörden und den verschiedenen beteiligten Kreisen Ver-
handlungen stattgefunden, die das Ergebnis hatten, daß den
Zeitungen eine Einschränkung des Papierverbrauchs von
20 Prozent auferlegt werden wird. Die Zeitungen, die jetzt
an sieben Tagen erscheinen, werden wahrscheinlich die Mon-
tagausgabe einstellen müssen.

Ungarn.

Eine Sperrfrist für die Nationalversammlung, mz.
Budapest, 18. Febr. Der Gesetzentwurf, der die provisori-
sche Verfassung, wird dahin abgeändert, daß am Felle der
Bestimmung, wodurch die Nationalversammlung
innerhalb zweier Jahre nur durch Gesetz, also nur auf
eigenen Willen aufgelöst werden kann, das provisorische
Staatsrecht auf die Auflösung der Nationalversammlung
und zur Ausdehnung der Reichswahlern ermächtigt wird. Die
Partei der Landwirte verlangt außer dem Ministerpräsidenten
sechs Vertreter in dem neu zu bildenden Kabinett.

Balkanstaaten.

Die serbische Kabinettsliste, Dr. Marinko, 18. Febr.
Wie der „Korriere della Sera“ meldet, hat Prinzregent
Alexander von Serbien den Vertreter Serbiens auf der
Friedenskonferenz Vesulich mit der Bildung des neuen
Ministeriums betraut und dabei den Wunsch ausgesprochen,
es möchte ein Konzentrationskabinett gebildet
werden.

Anarchistische Bombenattentate in Spanien.

Pr. Wien, 19. Febr. (Sig. Drahtbericht.) Über Mailand
wird gemeldet: In Parisosa platzte im Hause des Ab-
geordneten Eslo in dessen Abwesenheit eine Bombe. Das
Haus wurde demoliert. Zwei Personen sind tot, eine
verwundet. — In Barcelona verurteilte eine Bomben-
explosion namhaften Schaden. Das Dörfchen von San
Cesceus ist in die Luft geflogen. Alle Brüder und Offen-
baren Partien sind militärisch besetzt. Es ist eine große
anarchistische Bewegung im Gange.

am Baum des Lebens und der Kunst gebildet; die Tragik der
Angelorenen. Sie müssen folgen, wenn das Leben an ihr
dunkles Reich pocht. Aber nur reine Menschlichkeit soll den
Schöpfer zum Leben wagen. Die Menschen müssen tief
durchdrungen sein von der Heiligkeit ihrer geheimnisvollen,
zeugenden Kraft. Sind sie das nicht, dann drohen sie ein
Verbrechen an dem Lebenden und es entsteht Unheil. Das
ist die Her. — Die Reihe der Vorgebungen ist nicht zwin-
gend. Huberts erstaunliche Schlappe ist zu gewissenlich auf
das kommende Unglück hin gemacht, als daß uns sein Schid-
sel pocken konnte. Ehe und Liebe verlangen in der Tat eine
höhere Ethik. Der in eine reifere Sphäre des Menschentums
Belangte wird kein Animalisches umläßt zu vergeistlichen
wissen; das Natgeistesliche gern adeln wollen. Praktische
Ziele oder damit verb. Ideen, ist Seele des Temperaments, und
jedenfalls problematisch. Denn Millionen Fälle beweisen die
Belanglosigkeit bewusster Begabung. Du lieber Gott, auch die
Zeit der Entlassung des Menschenhorns als stromer Vertrag
war für jeden jungen Menschen tragisch undüßert. Ich
wünschte, keinen möchten kämmerliche Enttäuschungen im
Leben schüteln als die Huberts. Das sind notwendige seel-
liche Kindertraumata, die uns für das Leben haben. Der
Müden keines Menschen darf ungestört bleiben, sonst kann
er nicht tragen. Hubert ist ein Homunculus, den der Dichter
traucht, um seine These zu stützen. Er verblüht nicht als
Opfer an seinem Leid, sondern der Dichter bringt ihn um.
Das Stück ist eine Spielart der „Gedemter“. Hubert eine
schicklich insigrierte Reuigkeits Osmos. Aber Jofens Werk ist
ein Meisterdrama. Das von Wildgans ein Sammelbrosche
verschiedener Meister. Neben Jofen sind Strindberg (Vater),
Gerhart Hauptmann (Michael Kramer), Schiller (die Räuber)
u. a. von Einfluss. Die Ehe des Dramas mit der Zeit und
Kamalität ist ebenso wesenfremdlich wie die von Hubert
Klamm. Es ist nicht möglich ein Mann auch den Herrn auf

Wiesbadener Nachrichten.

Erwerbslosenfürsorge.

Der preussische Wirtschaftsminister weist wie die „Neue
politische Korrespondenz“ mitteilt, darauf hin, daß die Für-
sorgeauschüsse bei der Entscheidung von Ansprüchen
Grundsätze, daß die ihnen nachgewiesene Arbeit ihren
Wirtschaftlichen Kräften nicht entspricht, einer sorgfältigen
Beratung nicht entzogen können. Der Minister hat sich damit einver-
standen erklärt, daß in solchen Fällen die Kreisärzte zuge-
zogen werden, und bestimmt, daß die Ausstellung derartiger
Zeugnisse zur vertrauensvollen Tätigkeit des Kreisarztes
gehört. In der Regel wird ein einfacher Befundchein des
Kreisarztes oder eine kurze schriftliche Auskunft ohne nähere
gutachtliche Ausführung genügen, wofür eine Gebühr von
5 M zu bezahlen sein würde. Die Kosten für diese ärzt-
lich-ärztlichen Zeugnisse werden aus den gleichen Mitteln wie die
übrigen Kosten der Erwerbslosenfürsorge zu decken sein.

— Die Volksschule a. d. Schulberg verzirkelt heute
abend 7 1/2 Uhr in der Turnhalle der Schule eine zweite Eltern-
versammlung um die Wahl der Elternbeiträge weiter vor-
zubereiten. Die Eltern der Kinder dieser Schule sowie die
der angrenzenden Schulanlagen sind freundlich eingeladen.

— Für die Bezirks-Jugendpflege. Das evangelische Kon-
fession hat an die Stadtvorstände und die Geistlichen das
Ersuchen gerichtet, an den Tagen der Konfirmation eine frei-
willige Kirchensammlung für die Bezirks-Jugendpflege zu
veranstalten.

— Schließung der öffentlichen Bäckereien. Das
Bäckereiverein des Rappstr. teilt mit: Die öffentlichen
Bäckereien werden noch einer Bekanntmachung in der
vorigen Ausgabe; bis auf weiteres geschlossen. Die bei der
selbstbetriebl. Bäckerei nicht weiterzusprechende Benutzung der-
selben ist die Veranstaltung hierzu.

— Anstaltliche und gefährliche Kesseln. Halbamtlich wird
aus Berlin gemeldet: In letzter Zeit sind wiederholt Nach-
richtungen von Kesseln mit gefährlichen Störungen
(Sog. Klüften) zu Kesseln gemeldet worden. Trotz der
vorhandenen Abweigungen gewinnen diese Klüften durch
Falsch, Zusammenrücken, andere Farbgebung so erhebliche
Schadlichkeit mit den edlen Kesseln, daß es in einer ganzen Reihe
von Fällen bereits Betrügern gelungen ist, sie zu Zahlungen
zu veranlassen. Es erscheint angebracht, das Publikum, insbe-
sondere die gewerblichen Kreise, darauf hinzuweisen, daß nach
§ 800 Nr. 6 StGB, die Anfertigung und Verbreitung von
Baren-Empfehlungskarten, Ankündigungen oder anderen
Drucksachen oder Abbildungen, welche in Form oder Ver-
stärkung dem Papiergeld ähnlich sind, strafbar ist. Vor Anfertigung,
Verbreitung und gleichzeitiger auch vor Annahme oben-
genannter Klüften wird daher gewarnt.

— Gastwirte und Schleichhandelsverordnungen. Das
Reichsgericht hat kürzlich in einem Verfahren gegen einen
Gastwirt auf Grund der Schleichhandelsverordnung folgende
ausgesprochen: Der Umstand, daß der Angeklagte die erworbenen
Lebensmittel nicht im gleichen Zustand weiter veräußert, son-
dern sie erst nachdem sie zu Speisen verarbeitet waren, an seine
Gäste in der gewöhnlichen Art abgab, schloß die Anwen-
dung der Schleichhandelsverordnung nicht aus. Nach dem
StGB, gilt als Handelsgewerbe jeder Gewerbebetrieb, der die
Anfertigung und Weiterveräußerung von Waren zum Gegen-
stand hat, ohne Unterschied, ob die Waren unverändert oder
nach einer Bearbeitung weiterveräußert werden. Die Gast-
wirte selbst in ihrem Gewerbe als Lebensmittel an und
veräußern sie weiter, und es ist danach für deren handelsrecht-
liche Beurteilung gleichgültig, ob die Weiterveräußerung der
Lebensmittel erst nach einer Zubereitung oder ohne eine solche
erfolgt. Wenn in der Verordnung mit Strafe bedroht wird,
wer „gewerbsmäßig“ Lebensmittel in der angegebenen vor-
schreibswidrigen Weise „zur Weiterveräußerung“ erwirbt, so
muß nach Sinn und Zweck des Gesetzes als dessen Wille an-
genommen werden, daß es auch für die strafrechtliche Beur-
teilung des Schleichhandels keinen Unterschied machen kann, ob
die Lebensmittel vor der Weiterveräußerung einer Zuberei-
tung zu unterworfen sind oder nicht. Für die Gastwirte kann
hierbei nicht anders gelten wie für sonstige Händler, die
Lebensmittel erwerben, um sie nach Bearbeitung weiter zu
veräußern.

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

— Einführung der gedeckten Schecks. Die „Neue polit.
Korresp.“ schreibt: Die Handelskammer zu Leipzig hat zum
Fördernde des bargeldlosen Verkehrs die Einführung gedeck-
ter Schecks angefordert. Die anderen amtlichen Handelsver-
tritten machen gegen diese Anregung überaus erhebliche
Bedenken geltend, besonders Falschungsgefahr, und weiter den
Umstand, daß die Sicherung der Honorierung des Schecks in
der Hauptsache nur dem gegeben sein wird, wenn lediglich
den Großbanken das Recht zur Ausgabe gedeckter Schecks über-
tragen würde. Eine ähnliche Verminderung des Roten-
munters und des Rotenmunters würde durch die Einführung gedeck-
ter Schecks kaum eintreten. Die Kleingeldnot wird am besten
beseitigt werden durch das Fortschreiten auf dem jetzt beschrie-
benen Wege der Ausprägung neuer Kleinmünzen, wie der neuen
ausgegebenen ausgetauschten 50-Pfennigstücke. Am übrigen hat
sich das Erwerbslosen, insbesondere auch der Postbesitzer in
Deutschland, in der letzten Zeit ohnehin ganz außerordentlich
entwickelt, und hierin ist das beste Mittel zur Erzielung

